Antrag

der Abgeordneten Nicole Gohlke, Caren Lay, Dr. Petra Sitte, Doris Achelwilm, Simone Barrientos, Dr. Birke Bull-Bischoff, Anke Domscheit-Berg, Brigitte Freihold, Norbert Müller (Potsdam), Sören Pellmann, Katrin Werner, Sabine Zimmermann (Zwickau) und der Fraktion DIE LINKE.

Für einen Hochschulsozialpakt – 50.000 neue Wohnheimplätze für Studierende

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Zahl der Studierenden in Deutschland steigt seit Jahren an und wird laut Schätzungen der Kultusministerkonferenz auch in Zukunft auf hohem Niveau verbleiben. Die Zahl der Wohnheimplätze bei den Studierendenwerken bleibt hinter diesem Anstieg weit zurück. Aktuell stehen den knapp 2,9 Millionen Studierenden bundesweit nur rund 240.000 öffentliche geförderte Wohnheimplätze zur Verfügung. Nur 8,5 Prozent der Studierenden können daher einen Wohnheimplatz bekommen. Die Folgen bekommen vor allem Studienanfängerinnen und -anfänger in Form von langen Wartezeiten auf einen Wohnheimplatz, langen Pendelwegen zur Hochschule, übergangsweiser Unterbringung in provisorischen Unterkünften und hohen Mietzahlungen am freien Wohnungsmarkt zu spüren.

Die Wohnkostenpauschale des BAföG wird trotz der letzten Erhöhung auf 325 Euro in vielen Hochschulstädten nicht ausreichen, um die real anfallenden Mietkosten zu decken.

Der Bund ist gefordert, den Ausbau studentischen Wohnraums im Rahmen eines Hochschulsozialpaktes spürbar zu fördern. Der umfassende Neubau studentischer Wohnheimplätze würde Studierende unmittelbar mit Wohnraum versorgen und gleichzeitig den Druck auf den freien Wohnungsmärkten in den Hochschulstädten spürbar mindern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

ein Konzept für einen Hochschulsozialpakt zu erarbeiten, der insbesondere die Bereitstellung der nötigen finanziellen Mittel sowie öffentlicher Liegenschaften zur Schaffung von 50.000 neuen bezahlbaren Wohnheimplätzen in öffentlicher Trägerschaft im Laufe der nächsten vier Jahren sowie den Erhalt der bestehenden Wohnheimkapazitäten umfasst.

Berlin, den 15. Oktober 2019

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion